



MAI 2023

NEWSLETTER

Gemeinsam für unsere Heimat



PROF. (UNIV. LIMA) DR. PETER BAUER, MDL

Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer.
Staatsregierung, Pflegepolitischer Sprecher,
Frankensprecher

WOLFGANG HAUBER, MDL

Innenpolitischer Sprecher

In dieser Ausgabe:

- Tag der Organspende 2023 – S. 2
- Regierungsfractionen legen Entwurf zu neuem Radgesetz vor – S. 3
- Recycling mit Konzept – S. 4
- FREIE WÄHLER-Fraktion will schneller Wohnheimplätze für Studierende schaffen – S. 5
- Kultus-Staatssekretärin Anna Stolz zu Gast in der Grund- und Mittelschule in Lehrberg – S. 6
- Zeugenvernehmung von Beate Zschäpe im Untersuchungsausschuss „NSU II“ – S. 7
- Antragspaket „Pflege“: Kräftiger Schub für die Pflege – S. 8
- FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion startet Petition gegen Entwurf zur Änderung des Energiegesetzes – MdL Hauber kritisiert Verbotspolitik – S. 10
- MdL Dr. Bauer bezieht Stellung: Habecks Heizungsverbot wird soziale Ungleichheiten verschärfen – S. 12
- Öffentliche Schulen und Kindertageseinrichtungen erhalten Förderung auch in diesem Jahr vom Freistaat Bayern – S. 14
- Landtagsabgeordneter Hauber empfängt Weißenburger Realschulklasse im Maximilianeum – S. 15
- Fränkische Bürgerinnen und Bürger besuchten den Bayerischen Landtag – S. 16
- Wir lassen unsere Kommunen, Gemeinden und Städte nicht im Stich! – S. 17
- Gigabitausbau schreitet voran – S. 18
- Bayerische Landesstiftung fördert auch in diesem Jahr wieder ein Projekt aus dem Landkreis Ansbach – S. 19
- Veranstaltungshinweis – S. 20

NEUIGKEITEN AUS DEM BAYERISCHEN LANDTAG UND UNSERER HEIMAT MITTELFRANKEN

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayern ist das beliebteste Urlaubsland der Deutschen – auch, was das Radfahren angeht. **Denn nirgendwo sonst in der Republik ist das Radwegenetz besser ausgebaut: Mehr als 120 Fernradrouten erstrecken sich zwischen Aschaffenburg und Garmisch, Günzburg und Zwiesel – insgesamt sind es über 9.000 Kilometer.** Doch das reicht uns FREIEN WÄHLER im Landtag nicht. Weshalb wir mit unserem Koalitionspartner ein **neues Radgesetz auf den Weg gebracht haben**, welche Fördermaßnahmen es vorsieht und für welche weitere gute Nachricht wir dankbar sind, lesen Sie auf den folgenden Seiten – viel Vergnügen!



Die Abgeordneten (v.l.) Manfred Eibl, Florian Streibl (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer und Martin Wagle (CSU) am Montag bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des neuen Radgesetzes.

Tag der Organspende 2023 – Dr. Bauer ruft Betroffene auf, ihm persönliche Erfahrungsberichte zum Thema Organtransplantation zu übermitteln.

Am 3. Juni ist der Tag der Organspende. Als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung habe ich mich bereits mehrfach öffentlich für die doppelte Widerspruchslösung in unserem Land ausgesprochen und wiederhole eindringlich diese Forderung auch zum diesjährigen Aktionstag.

Im Vergleich mit anderen Staaten belegt Deutschland beim Thema Organspende leider nach wie vor keinen guten Platz und ist vom Spitzenreiter Spanien weit entfernt. Dass man in Spanien nicht einmal vier Monate auf ein Organ warten soll, klingt für mich fast unwirklich. In Deutschland wartet man leider im Durchschnitt viele Monate länger auf ein Spenderorgan. Die Gründe für den Erfolg der Spanier beim Thema Organspende sieht man in erster Linie in der Widerspruchslösung. Weitere wesentliche Unterschiede kommen noch dazu!

Immer wieder wird mir berichtet, dass in spanischen Krankenhäusern eigens geschultes Personal arbeitet, das Gespräche mit Angehörigen sterbender Menschen übernimmt und das Thema Organspende für das gesamte Krankenhaus koordiniert.

Hinweisen möchte ich aber auch, dass die generelle Verfügbarkeit von Spenderorganen nicht die einzige Herausforderung ist, mit der Transplantationszentren aktuell zu kämpfen haben. Insbesondere Fachpersonalmangel und damit einhergehend nicht belegbare Krankenhausbetten bzw. nicht durchführbare Operationen verschlimmern die Situation zusätzlich.



Zum diesjährigen Aktionstag möchte ich auch alle Bürgerinnen und Bürger ermuntern, mir ihre persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen zu den Themen Organspende und Transplantation an

patientenbeauftragter@stmgp.bayern.de

zu schildern. Besonders freuen würde ich mich, wenn sich auch transplantierte Patientinnen und Patienten zu Wort melden. Denn um sie geht es ja!

Ich bin überzeugt, dass die Themen Organspende und Transplantation dringend mehr öffentliche Aufmerksamkeit brauchen, um noch mehr Bürgerinnen und Bürger zu veranlassen, einen Organspendeausweis für sich ausstellen zu lassen. Lassen Sie uns also gemeinsam für dieses gesellschaftlich wichtige Thema eintreten – für mehr Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe!

Regierungsfractionen legen Entwurf zu neuem Radgesetz vor



Den Radverkehr stärken und sicherer machen, das Radland Bayern noch attraktiver gestalten: Dazu bringt die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner das bayerische Radgesetz auf den Weg. Bis 2030 sollen bayernweit insgesamt 1.500 Kilometer an neuen Radwegen entstehen, Kommunen finanziell wie auch beratend bei der Umsetzung von Radinfrastrukturprojekten gefördert sowie die Verkehrssicherheit und die Bedingungen für den Radverkehr verbessert werden. Damit reagiert der Freistaat Bayern auf ein geändertes Mobilitätsverhalten und trägt der zunehmenden Bedeutung des Fahrrads als klimaschonendes, gesundheitsförderndes und kostengünstiges Verkehrsmittel Rechnung. Ziel ist es, den Anteil des Fahrrads am Verkehrsmix zu erhöhen und Planung sowie Bau einer bayernweit vernetzten Radinfrastruktur durch strukturierte Finanzierung und Förderung zu beschleunigen. Das Radgesetz umfasst im Wesentlichen folgende Punkte: Ausbau der Radinfrastruktur durch insgesamt 1.500 Kilometer neue Radwege, Unterstützung der Gemeinden und Landkreise bei der Planung und Umsetzung von Radinfrastrukturprojekten durch eine Zentralstelle Radverkehr sowie Steigerung der Verkehrssicherheit. Also: Sich in Bayern ein Rad zu besorgen, lohnt sich mehr denn je! [HIER](#) weitere Details über den Gesetzesentwurf zu erfahren, auch.

Recycling mit Konzept: Landtagsabgeordneter Hauber besichtigt HP-T Höglmeier Polymer-Tech GmbH & Co. KG in Ellingen

Der Verarbeiter von post-industriellen Kunststoffresten zeichnet sich durch Vermahlung, Regranulierung und Compoundierung von technischen Kunststoffen aus

Hauber: „Die Firma HP-T leistet einen entscheidenden Beitrag bei der Umsetzung des Wertstoffkreislaufes. Durch die Aufbereitung von Kunststoffen aus dem industriellen Sektor werden die Weichen für eine zukunftsfähige Verwertung von Rohstoffen gestellt“

Ellingen. Bei einer Betriebsbesichtigung des Standortes Ellingen besichtigte Landtagsabgeordneter Wolfgang Hauber zusammen mit vier Vertretern des FREIE WÄHLER-Kreisverbandes Weißenburg-Gunzenhausen das Unternehmen HP-T Höglmeier Polymer-Tech. Der Kunststoffverarbeiter setzt auf die Verarbeitung, Regranulierung und Compoundierung von technischen Kunststoffen aus der Industrie.

„Die Verwendung von recycletem Kunststoff führt erneut zu hochwertigen Produkten, sodass eine Aufbereitung mitunter sogar sinnvoller ist als eine Neuproduktion. Zusätzlich zum Recycling-Gedanken wird die Nachhaltigkeit im Unternehmen in vielerlei Hinsicht gelebt. Die frühzeitige Entscheidung für die Installation einer Photovoltaikanalage im Jahr 2013 zeigt beispielhaft die zukunftsgerichteten Planungen des Unternehmens“, unterstreicht Wolfgang Hauber.

Darüber hinaus wurde im Rahmen einer Präsentation deutlich, dass die Erstellung individueller Recyclingkonzepte für Industriekunden und die Entwicklung eigener Polymerwerkstoffe zwei weitere Konzeptbausteine des mittelständischen Unternehmens bilden. Des Weiteren spielen auch die Zusammenarbeit mit regionalen Hochschulen für Messungsanalysen sowie die Bereiche Forschung und Entwicklung eine gewichtige Rolle.



Unlängst wurde auch eine neue Extrusionsanlage am zweiten Standort in Raitenbuch errichtet. Dies macht deutlich, welche Entwicklung die Firma HP-T seit ihrem Ursprung als Teil eines klassischen Entsorgungsunternehmens genommen hat“, resümiert Hauber weiter. 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern den täglichen Betrieb, wobei das Unternehmen nicht zuletzt im kaufmännischen Bereich ausbildet und ein Duales Studium anbietet.

FREIE WÄHLER-Fraktion will schneller Wohnheimplätze für Studierende schaffen

Der Freistaat ist ohne Zweifel ein attraktiver Hochschulstandort, der sich durch vielfältige Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung sowie ein breites Lehrangebot aller Hochschulen auszeichnet. Deshalb kommen Studierende aus der ganzen Welt nach Bayern. In den bayerischen Metropolregionen herrscht allerdings großer Mangel an bezahlbarem Wohnraum – diesem wollen wir stärker entgegenwirken. Deshalb wird die Staatsregierung Möglichkeiten prüfen, wie die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim zusätzliche Wohnheimplätze für Studierende aus dem Immobilienbestand schaffen kann. Die jungen Menschen benötigen eine verlässliche Studienfinanzierung, hochschulnahe und bezahlbare Verpflegungsangebote, professionelle Beratungsangebote – und eben preiswerten Wohnraum. Allerdings stellt sie die Wohnungssuche vor immer größere Herausforderungen. Deshalb fordern wir von Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) eine eigenständige finanzielle Beteiligung des Bundes bei der Schaffung von Wohnraum für Studierende. Mehr dazu [HIER](#).



Kultus-Staatssekretärin Anna Stolz zu Gast in der Grund- und Mittelschule in Lehrberg

Auf meine Einladung hin besuchte Ende Mai Kultus-Staatssekretärin Anna Stolz die Grund- und Mittelschule in Lehrberg. Empfangen wurden wir dort von der 1. Bürgermeisterin Renate Hans, Hans-Jürgen Saal von der Regierung Mittelfranken, Karoline Domröse vom Staatlichen Schulamt Ansbach, Schulleiter Bastian Schimscha und seine Stellvertreterin Jasmin Halm, Florian Löffler, Vorstand der Kinderstiftung Playmobil und weitere Elternvertreter und Lehrerinnen bzw. Lehrern aus der Schule.

Im Mittelpunkt des Austauschs mit Stolz und Dr. Bauer standen die Herausforderungen kleinerer Schulen im ländlichen Raum, Lehrkräftemangel, Lehrplan Plus, Quereinsteiger in den Lehrerberuf und die sogenannten Brückenklassen mit ukrainischen Schülerinnen und Schülern.

In einem Rundgang besichtigten Staatssekretärin Stolz und MdL Dr. Bauer diverse Klassenzimmer der Grundschule, die neue Sporthalle und das Lernbaumhaus, das von der Kinderstiftung von Playmobil finanziert wurde und im Juni 2023 eingeweiht wird. Das Lernbaumhaus ist ein besonderes Projekt an dieser Schule. Es bietet den Kindern außerhalb des normalen Unterrichtsraums eine besondere Lernumgebung, wodurch die Motivation und die positive Einstellung für die dort gebotenen Lerninhalte gesteigert wird.

Abgerundet wurde diese Veranstaltung durch den Auftritt einer 7-jährigen Geigenspielerin aus der Grundschule und durch einen Auftritt des Schulchors. Staatssekretärin Stolz nahm sich im Anschluss auch noch ausreichend Zeit, die Fragen der Schülerinnen und Schüler zu beantworten.

Wenn man sieht mit welcher Leidenschaft und Freude die Lehrkräfte, die Schulleitung und weitere Mitarbeiter der Grund- und Mittelschule über ihre Schule uns berichten haben, dann bin ich von dieser Schule mehr als angetan. Auch das Lernbaumhaus ist ein Vorzeigeprojekt, womit neue Wege in der Wissensvermittlung gegangen werden. Lehrberg ist ein lebendes Beispiel dafür, dass wir die Schulen im ländlichen Raum erhalten und weiter unterstützen müssen. Ich war sehr beeindruckt!



Zeugenvernehmung von Beate Zschäpe im Untersuchungsausschuss „NSU II“ – Landtagsabgeordneter Hauber zieht Resümee als Mitglied des Gremiums

Ausführliche Schilderungen sind das Ergebnis der fast achtstündigen Befragung – Zschäpe räumt ein, dass sie einige NSU-Morde hätte verhindern können

Hauber: „Auffällig war, dass Beate Zschäpe immer wieder wiederholt hat, dass sie einige Morde hätte verhindern können, wenn sie sich gestellt hätte. Inwieweit diese Aussagen eingeübt waren oder ihr aus dem Innersten gekommen sind, vermag ich nicht zu beurteilen“

In einer fast achtstündigen Befragung hat Beate Zschäpe vor dem bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss Stellung zu ihrer Mitschuld an der Mordserie des „Nationalistischen Untergrundes“ genommen. Zschäpe räumte ein, dass sie die Taten nicht gewollt habe, diese aber auch nur durch sie selbst möglich geworden waren. Wolfgang Hauber, Landtagsabgeordneter aus Weißenburg, bezieht als ständiges Mitglied des NSU II Stellung im Nachgang der Zeugenvernehmung.

„Es wurde nichts festgestellt, als das, was wir bereits den Akten entnehmen konnten. Beate Zschäpe selbst hat Verbindungen nach Bayern weitgehend abgestritten. Die Vernehmung selbst hat dabei nichts Neues ergeben“, erklärt Wolfgang Hauber.

Zwei Fragen spielten eine zentrale Rolle bei der Installierung des Untersuchungsausschusses NSU II, die es grundsätzlich zu beantworten galt. Zum einen sollte festgestellt werden, ob ein Versagen bayerischer Behörden über das bisher Bekannte festgestellt werden kann. Zum anderen sollte geklärt werden, ob Unterstützer der Terrorzelle in Bayern existierten.

In Nürnberg sei Zschäpe lediglich einmal nach der Schulzeit gewesen und habe einmal einen Freund und eine Demonstration besucht. Dabei hätten keine größeren Kontakte stattgefunden, wie Hauber weiter erläutert.

„Aus meiner Sicht ist es daher nachvollziehbar, so wie es auch die Ermittlungsbehörden festgestellt haben, dass sich das Trio extrem abgeschottet hat. Sie haben in der ständigen Gefahr gelebt, entdeckt zu werden und deswegen die Verbindungen in die Szene bis auf wenige Ausnahmen vollständig abgebrochen. Das haben wir von den Zeugen so vernommen, die wir bisher befragt haben, das haben die Ermittlungsbehörden so erfasst und das hat auch Beate Zschäpe so bestätigt.“

Nun gelte es die Aussagen Zschäpes mit den anderen Aussagen abzugleichen und auf Widersprüche zu prüfen. „Für mich ist allerdings der rote Faden, wie er im Prozess geführt wurde, nachvollziehbar“, unterstreicht Hauber.

Antragspaket „Pflege“: Kräftiger Schub für die Pflege

Attraktivere Ausbildung, höhere Freibeträge und bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mit einem umfangreichen Antragspaket wollen wir die angespannte Situation in der Pflege verbessern und den Pflegeberuf wieder attraktiver machen. Ziel der insgesamt 15 Anträge ist es, die Zahl der Fachkräfte in der Pflege deutlich zu erhöhen, deren Arbeits und Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern sowie für spürbare finanzielle Entlastungen zu sorgen.

Die medizinische und pflegerische Versorgung auch künftig zu sichern, ist eine Generationenaufgabe. Wir brauchen mehr Medizinerinnen und Mediziner, mehr Hebammen, mehr Notfallsanitäter, mehr Physiotherapeuten – und vor allem mehr Pflegekräfte. Denn der Pflegenotstand ist auch in Bayern längst spür- und sichtbar. Mit unserem Antragspaket wollen wir deshalb gleich an mehreren Stellschrauben drehen: mehr Gesundheitsvor- und -fürsorge für die Beschäftigten im Sinne einer „Pflege der Pflegenden“, mehr Attraktivität des Berufs durch Springerpools, um personelle Engpässe aufzufangen, und mehr Digitalisierung zur Entlastung der Fachkräfte.

Wichtig ist uns außerdem eine bessere Arbeitszeitgestaltung bei gleichzeitig besserer Honorierung der unattraktiven Dienste (nachts oder am Wochenende), etwa durch eine Steuerfreiheit für die Schichtzulagen. Außerdem braucht es verlässliche Frei- oder Urlaubstage – ohne Angst, an diesem Tag an den Arbeitsplatz zurückgeholt zu werden. Zudem wollen wir junge Menschen wieder für den Pflegeberuf begeistern – etwa durch eine ansprechende Ausbildung mit der Möglichkeit für ein Auslandssemester (Care & Travel) oder eine Vergütung der Pflegestudierenden während ihres Studiums.



Foto: MdL Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Susann Enders (re.) von der FW-Landtagsfraktion (Quelle: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion)

So wollen wir für eine bestmögliche pflegerische Versorgung in Bayern sorgen – unabhängig davon, ob die pflegebedürftige Person in den eigenen vier Wänden, in der Tagespflege oder in einer stationären Pflegeeinrichtung versorgt wird. Denn eines muss uns allen klar sein: Ohne sehr gut ausgebildete und verantwortungsvoll arbeitende Pflegekräfte steht das Gesundheitssystem still.

Das ist unser Pflegepaket

- Anreize für Pflege-Springerpools schaffen
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
- Attraktivität der Pflegeausbildung steigern
- Jugendliche für die Pflegeausbildung gewinnen
- Pflegekräfte länger im Beruf halten
- Gesundheitsförderung und Prävention intensivieren
- Chancen der Digitalisierung und Robotik nutzen
- Wiedereinstieg in den Beruf attraktiver machen
- Pflegestudienplätze ausbauen; Vergütung nach dem Vorbild der Hebammenstudienplätze einführen
- Steuerrecht anpassen und höhere Freibeträge für nebenberufliche Dozentinnen und Dozenten einführen
- Steuerfreiheit für Springerdienste und Wechselschichten analog zu DUZ-Zeiten (= Dienst zu ungünstigen Zeiten) bei der Polizei einführen
- Informations- und Öffentlichkeitskampagne für die Pflege auflegen
- Medizinstudienplätze weiter ausbauen
- Bericht über den Verbleib von Medizinerinnen und Medizinern nach Abschluss des Studiums vorlegen
- Hebammenstudienplätze weiter ausbauen sowie Masterstudiengang vorbereiten

FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion startet Petition gegen Entwurf zur Änderung des Energiegesetzes – MdL Hauber kritisiert Verbotspolitik

In Zusammenarbeit mit den Menschen in Bayern soll grüne Ideologepolitik verhindert werden

Hauber: „Eine ideologiebetriebene Verbotspolitik ist der falsche Schritt hin zur Klimaneutralität. Eine bürgerfreundliche Änderung der Wärmeversorgung bedeutet auch einen realistischen Zeitraum zu wählen. Um Angriffe auf das Eigentum und Chaos auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern starten wir eine Massenpetition“

Der von Bundeswirtschaftsminister Habeck geplante Entwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes sieht vor, dass ab dem Jahr 2024 65 Prozent der neu eingebauten Heizungen verpflichtend mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Aufgrund der Bürgerunfreundlichkeit der Maßnahme leitet die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion eine Petition gegen das Gesetzesvorhaben in die Wege.

„Es handelt sich dabei um eine Verteidigungsmaßnahme unserer Bürgerinnen und Bürger, die nicht unter dem Umstieg auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung leiden dürfen. Wir streben selbstverständlich ein Vorantreiben regenerativer Energien an. Diese sollten aber technologieoffen, sozial gerecht und bezahlbar sein und nicht ideologiegetrieben“, führt Wolfgang Hauber, Landtagsabgeordneter aus Weißenburg aus.



Quelle: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Die Zwangssanierungspläne der Grünen dürften nicht zu Lasten der Menschen in Bayern gehen. Der Angriff auf Eigentum sei nicht einfach so hinnehmbar. „Wirtschaftlichkeit stellt ebenso einen zentralen Punkt des Umstiegs auf erneuerbare Energien dar, wie der Umstand, dass aktuell einfach kaum Handwerker verfügbar sind. Lösungen sollten sinnvoll sein. Der Gesetzesentwurf ist es jedenfalls nicht“, unterstreicht Hauber.

Es sei außerdem nicht gesichert, dass ausreichend regenerative Energiequellen flächendeckend und bezahlbar vorhanden sind. Holz zählt Habecks Entwurf zufolge nicht mehr als solche Energiequelle. Landtagsabgeordneter Wolfgang Hauber ruft daher auch im Sinne gleichbleibend hoher Lebensverhältnisse zu einer möglichst zahlreichen Unterzeichnung der Petition auf.

Die Petition der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion finden Sie [HIER](#).



Quelle: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

MdL Dr. Bauer bezieht Stellung: Habecks Heizungsverbot wird soziale Ungleichheiten verschärfen

Ab 2024 soll der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen per Bundesgesetz grundsätzlich verboten werden. So sieht es ein entsprechender Entwurf vor, den das Bundeswirtschaftsministerium sowie das Bundesbauministerium derzeit erarbeiten. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion lehnt das geplante Verbot strikt ab. Bayern stemmt sich mittels Antrag zum Bundesratsplenum gegen die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck.

Das ist der völlig falsche Ansatz! Es handelt sich wieder einmal um „typisch grüne Verbotspolitik“, die bei Eigenheimbesitzern zu unnötigen finanziellen Belastungen führt und auch zu sinkender Bereitschaft, beim Klimaschutz mitzumachen. Zudem besteht die Gefahr, dass durch dieses Verbot die Bau- und Mietkosten weiter steigen und sich die Situation auf dem ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt weiter verschärft! Dieser Gesetzentwurf forciert soziale Ungleichheiten.

Zudem ist er gänzlich praxisfern. Aufgrund fehlender Leitungen für Fernwärme als Alternative ist ein Verbot von Öl- und Gasheizungen vielerorts nicht so ohne Weiteres und vor allem nicht innerhalb der sehr engen Frist umsetzbar. Hinzu kommt, dass die verfügbaren Möglichkeiten zur Installation alternativer Heizungen begrenzt ist – auch aufgrund limitierter Lieferkapazitäten und wegen des bestehenden Fachkräftemangels.

Noch schwerer wiegt, dass die erneuten grünen Verbotpläne stark in das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Rund 71 Prozent der deutschen Haushalte heizen mit Gas- oder Ölheizungen – sie alle sind kurz- oder mittelfristig vom Zwangsumstieg betroffen. Die Ampel nimmt billigend in Kauf, dass auf Immobilienbesitzer dadurch drastische Mehrkosten zukommen. Viele Eigentümer und Bauherren werden so in ihrer Handlungs- und Verfügungsfreiheit erheblich eingeschränkt.

Zudem werde das staatliche Ziel des preisgünstigen Bauens und Wohnens mit dem Gesetzentwurf konterkariert. Eigentum wird einer grünen Ideologie geopfert, die sich den Kampf gegen das Einfamilienhaus auf die Fahnen geschrieben hat.

Weitere Bemühungen um mehr Klimaschutz sind zwar notwendig, aber die pauschale Verbotspolitik der Grünen ist klar abzulehnen – auch weil mit Inkrafttreten des EU-Sanierungszwangs ohnehin weitreichende Regelungen zur energetischen Sanierung auf Hausbesitzer zukämen.

Stattdessen sollten wir technologieoffen bleiben und Anreize zum freiwilligen Umstieg schaffen. Dazu müssen wir den Ausbau der Wasserstoffnutzung, den Einsatz von Biogas, die Weiterentwicklung von Energiespeichertechnologien, alternative Heizsysteme sowie eine bessere kommunale Wärmeplanung weiter vorantreiben.



Quelle: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Öffentliche Schulen und Kindertageseinrichtungen erhalten Förderung auch in diesem Jahr vom Freistaat Bayern



Der Freistaat unterstützt seine Kommunen mit erheblichen finanziellen Mitteln aus dem kommunalen Finanzausgleich. Aufgrund des weiter vorhandenen hohen Investitionsbedarfs der Kommunen liegt der Haushaltsansatz für die Förderung kommunaler Hochbaumaßnahmen im Jahr 2023 insgesamt bei rund einer Milliarde Euro. Hierbei werden insbesondere kommunale Hochbaumaßnahmen an öffentlichen Schulen

und Kindertageseinrichtungen gefördert. Unsere Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gehören mit zu den wichtigsten Pflichtaufgaben unserer Städte und Gemeinden. Wir lassen unsere Kommunen in diesen krisengeprägten Zeiten nicht im Stich! Damit setzen wir unseren erfolgreichen Weg der Bayernkoalition weiter um und wie im Koalitionsvertrag festgelegt, realisieren wir mit voller Kraft eine kinder- und familienfreundliche Politik in Bayern!“

Die Gemeinde Sachsen b.A. erhält beispielsweise für die Generalsanierung der Sporthalle der Rusam-Grundschule und für den Neubau einer Kindertageseinrichtung 579.000 €. Die Stadt Ansbach erhält für verschiedene Maßnahmen über 2,7 Mio. €. Die Märkte Flachslanden und Lehrberg erhalten zusammen mit den Städten Ornbau und Heilsbronn hauptsächlich für soziale Projekte eine Förderung von über 1,3 Mio. €.

Insgesamt erhalten die Städte, Märkte und Gemeinden im Stimmkreis 505 Ansbach-Nord eine Förderung von über 16,7 Mio. € und im Stimmkreis 506 Ansbach-Süd und Weißenburg-Gunzenhausen von fast 13,5 Mio. Euro. Das ist wieder ein überragendes Ergebnis für unsere Region und zeigt sehr deutlich, dass der Freistaat seine Gemeinden und Kommunen nicht im Stich lässt. Auch ist dies ein wichtiges Signal der Bayernkoalition, dass in München nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird!

Die einzelnen Förderzuweisungen für Mittelfranken findet man auf meiner Homepage unter www.frankensprecher.de.

Landtagsabgeordneter Hauber empfängt Weißenburger Realschulklasse im Maximilianeum

München. Im Rahmen ihrer Abschlussfahrt nach München machte die 10A der staatlichen Realschule Weißenburg auch Halt im Bayerischen Landtag und wurde dort vom Heimatabgeordneten Wolfgang Hauber herzlich begrüßt.

„Der Landtag steht für Transparenz und Offenheit. Ich freue mich sehr, dass die jungen Weißenburgerinnen und Weißenburger sich hier im Maximilianeum hautnah ein Bild von der Arbeit eines Landtagsabgeordneten machen können“, unterstreicht Hauber.

Nach einer kurzen Führung durch die Räumlichkeiten durften die Schülerinnen und Schüler auf den Stühlen der Abgeordneten im Plenarsaal Platz nehmen und dem Weißenburger MdL Hauber Fragen stellen und mit ihm über aktuelle politische Themen diskutieren. Befragt wurde der Landtagsabgeordnete beispielsweise über die Termine einer klassischen Sitzungswoche, über seine Motivation Politik zu machen und auch private Hintergrundinformationen waren Teil des Austauschs. Anschließend

veranschaulichte Hauber an konkreten Beispielen seine Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen. „Denn das sind die Orte, an denen Politik gemacht wird. Hier ist es wichtig Präsenz zu zeigen und für die Region das Bestmögliche zu erreichen“, schilderte Hauber den aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörern. Nachfragen zu konkreten politischen Anliegen und Entscheidungen, wie zum Ausstieg aus der Atomenergie und der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wurden intensiv mit dem Abgeordneten diskutiert. „Es ist eine Bereicherung, wenn junge Menschen die politische Diskussion wahrnehmen, ihr Interesse an der Politik zeigen und uns Abgeordneten mitgeben, was sie beschäftigt“, so Hauber. „Natürlich werde ich die Eindrücke aus von diesem Austausch mit in die Fraktion nehmen.“

Im Anschluss konnten die Weißenburgerinnen und Weißenburger einem Informationsfilm des Bayerischen Landtags folgen und so mehr über die Zusammensetzung und die Aufgaben des Parlaments erfahren.



Foto: Gottfried Obermair/ FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

Fränkische Bürgerinnen und Bürger besuchten den Bayerischen Landtag

Am 12. Mai 2023 nahmen über 100 Personen aus Ansbach, Herrieden, Sachsen b. Ansbach und der Umgebung an meiner diesjährigen Landtagsfahrt nach München teil. Bunt gemischt war in diesem Jahr die Teilnehmergruppe: Mitglieder von Gesangsvereinen, Hochschulorchester, Tanz- und Sportvereinen, der UWG Sachsen b. Ansbach, Studenten und langjährige Weggefährten.

Das Maximilianeum, Sitz des Bay. Landtags, präsentierte sich für die Besucher als ein prächtiger und beeindruckender Bau am Ufer der Isar. Der Besuch begann mit einem Film, der über die Aufgaben des Bayerischen Landtags informierte: Wie wird der Landtag gewählt? Welche Fraktionen gibt es im Landtag? Wie entsteht ein Gesetz? Was ist ein Untersuchungsausschuss? Im Anschluss folgte ein Rundgang durch das Maximilianeum, bei dem die imposanten Ölgemälde mit Ereignissen der Weltgeschichte die Besucher sehr beeindruckten.

Im Plenarsaal berichtete ich über die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeiten eines Abgeordneten im Bayerischen Landtag. Auch diskutierte ich mit den Besuchern einen bunten Strauß an verschiedenen politischen Themen in Bayern sowohl im Plenum als auch in vielen Einzelgesprächen zu diskutieren. Abgerundet wurde diese Landtagsfahrt mit einem gemeinsamen Mittagessen in der Landtagsgaststätte.

Es ist mit stets eine große Freude, Besuch aus meiner fränkischen Heimat hier im Landtag begrüßen zu können. Den Bürgerinnen und Bürger die Herzkammer der bayerischen Demokratie näher zu bringen und mit ihnen den direkten Austausch zu führen, halte ich nach wie vor für jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten im Landtag als auch für das demokratische Basisbewusstsein in unserer Gesellschaft als sehr wichtig und sehe ich als Volksvertreter nach wie vor als eine herausragende Aufgabe. Dieser Landtagsbesuch war wieder eine große Freude für mich.



Wir lassen unsere Kommunen, Gemeinden und Städte nicht im Stich! Knapp 100 Mio. Euro an finanziellen Leistungen an den Landkreis Ansbach und die Stadt Ansbach...

Seit der letzten Landtagswahl 2018 sind die FREIEN WÄHLER in der Bayernkoalition Teil der Regierung in Bayern, wo sie unter anderem das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz durch Staatsminister Thorsten Glauber MdL verantworten. Aus diesem Ministerium flossen seit 2018 knapp 100 Mio. Euro an finanziellen Leistungen an den Landkreis Ansbach und die Stadt Ansbach.



Im Bereich Wasserversorgung und Abwasser, Klima-, Natur- und Landschaftsschutz erhielt die Stadt Ansbach seit 2018 vom Freistaat Förderungen von über 33,5 Mio. Euro. Noch höher sind die Zuschüsse für den Landkreis Ansbach, der in diesem Zeitraum mit über insgesamt 66 Mio. Euro unterstützt wurde. Durch diese finanziellen Zuschüsse konnten in unserer Region viele Projekte und Maßnahmen in unseren Gemeinden und Städten realisiert werden. Die Schwerpunkte der Förderung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz lagen hierbei bei Maßnahmen der Abwasser- und Wasserversorgung, des staatlichen Wasserbaus und von Landschafts- und Naturschutzprogrammen.

Unser Umweltminister Thorsten Glauber (im Foto links) besuchte erst vor kurzem die Gemeinde Flachslanden und besichtigte dort verschiedene realisierte und vorbildliche Umwelt- und Naturschutzprojekte. Wir lassen unsere Kommunen, Gemeinden und Städte nicht im Stich, sondern unterstützen sie seitens der Bayernkoalition auch in schwierigen Zeiten.

Es freut mich sehr, dass sich mein Einsatz in den Gremien und Ministerien in München für unsere Städte, Gemeinden und Kommunen in der Region Ansbach gelohnt hat. Wir kommen von der Basis und wir stehen für die Basis!

Gigabitausbau schreitet voran: Landtagsabgeordneter Hauber freut sich über Fortschritte im Bereich der Glasfaseranbindung in den Landkreisen Weißenburg-Gunzenhausen und Ansbach

Der Bericht zur Digitalen Infrastruktur 2023 weist seit 2014 eine Förderung von 21 Mio. Euro für Weißenburg-Gunzenhausen und 57 Mio. Euro für den Landkreis Ansbach aus

Hauber: „Eine flächendeckende Anbindung an schnelles Internet ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Der Freistaat Bayern bleibt ein verlässlicher Partner der Kommunen und wird die neue Bundesförderung erheblich kofinanzieren“

Das Projekt „Gigabit in ganz Bayern bis 2025“ nimmt auch in den Landkreisen Weißenburg-Gunzenhausen und Ansbach ganz konkrete Züge an. Dies geht aus dem aktuellen Bericht Digitale Infrastruktur 2023 hervor, der unlängst veröffentlicht wurde. So unterstützt der Freistaat Bayern den Breitbandausbau in Weißenburg-Gunzenhausen seit 2014 mit 21 Mio. Euro, den Landkreis Ansbach mit rund 57 Mio. Euro.

Konkret bedeutet das für Weißenburg-Gunzenhausen

Von den 27 Gemeinden nutzen bislang 22 die Bayerische Gigabitrichtlinie. Acht Gemeinden wurden 4,6 Mio. € Förderung zugesagt. Damit werden rund 1.600 Adressen mit Glasfaser angebunden. Alle 27 Gemeinden beteiligten sich am Ausbau des schnellen Internets (mind. 30 Mbit/s) nach Bayerischer Breitbandrichtlinie (2014 -2020). 23 Gemeinden haben Förderzusagen über 15,2 Mio. € erhalten. 88 % der geförderten Anschlüsse sind bereits in Betrieb. 32 Einrichtungen im Landkreis profitieren von 1,3 Mio. € Förderung nach Glasfaser/WLAN-Richtlinie. 88 % der öffentlichen Schulen sind bereits gigabitfähig angebunden, davon 58 % mit FTTB.

Für den Landkreis Ansbach

Von den 58 Gemeinden im Landkreis Ansbach nutzen bislang 36 die Bayerische Gigabitrichtlinie, 6 Gemeinden wurden 11,8 Mio. € Förderung zugesagt. Damit werden rund 3.300 Adressen mit Glasfaser angebunden. Zur Kofinanzierung von Breitbandausbau nach den Bundesprogrammen wurden fünf Gemeinden 7,0 Mio. € Kofinanzierungsmittel des Freistaats zugesagt. 57 Gemeinden beteiligten sich am Ausbau des schnellen Internets (mind. 30 Mbit/s) nach Bayerischer Breitbandrichtlinie (2014 - 2020). 56 Gemeinden haben Förderzusagen über 35,2 Mio. € erhalten. 99% der geförderten Anschlüsse sind bereits in Betrieb. 95 Einrichtungen im Landkreis profitieren von 2,9 Mio. € Förderung nach Glasfaser/WLAN-Richtlinie. 96 % der öffentlichen Schulen sind bereits gigabitfähig angebunden, davon 81 % mit FTTB.

Der Freistaat setzt dort an, wo kein eigenwirtschaftlicher Netzausbau durch die Telekommunikationsunternehmen umgesetzt wird. Die bayerischen Kommunen erhalten insgesamt über zwei Milliarden Euro. Eine Unterstützungssumme, die im Vergleich der Bundesländer einmalig ist.

„Diese Zahlen zeigen ganz klar die Wertschätzung des Freistaats für seine Kommunen. Der eingeschlagene Weg ist richtig, um auch in der Fläche zukunftsfähig zu bleiben. Des-halb dürfen wir bei der Bereitstellung digitaler Infrastruktur auch künftig nicht nachlas-sen“, unterstreicht Wolfgang Hauber.

Bayerische Landesstiftung fördert auch in diesem Jahr wieder ein Projekt aus dem Landkreis Ansbach

Die Bayerische Landesstiftung, die im Jahre 1972 gegründet wurde und jährlich mehrere hundert Projekte und Maßnahmen in den Bereichen Kultur und Soziales in Bayern fördert, hat diese Woche wieder zahlreiche Zuschüsse beschlossen. Damit dokumentiert der Freistaat auch in diesem Jahr wieder seine Verantwortung gegenüber den Werten und Allgemeingütern unserer Gesellschaft in Bayern.



Im Landkreis Ansbach wird in diesem Jahr erneut ein Projekt von der Bayerischen Landesstiftung unterstützt. Für die Notsicherung der Roten Mauer an der Hofgärtnerei in Weidenbach wird ein Zuschuss von 28.400 Euro gewährt.

Bayern hat eine lange Geschichte und vielfältige Kultur, die es zu bewahren gilt. Dass wieder aus unserem Landkreis Ansbach ein Projekt vom Freistaat in einem landesweiten Förderprogramm der Bayerischen Landesstiftung berücksichtigt wurde, zeigt die überregionale Bedeutung. Franken ist ein starkes Stück Heimat mit einer einzigartigen Kultur. Dies gilt es zu erhalten!

Veranstaltungshinweis:



FRAKTION
VOR ORT

Wir laden Sie herzlich ein!

Heizungstausch Sanierungszwang

Wie heizen wir in Zukunft?

Wolfgang Hauber, MdL

Referent: Schornsteinfegermeister Heinz **Nether**
Energieeffizienzexperte Klaus **Lehmeyer**

Freitag, 23. Juni 2023,
19:00 Uhr

Weißenburg

Gasthaus Rockenstube, Flurstraße 3

KONTAKT UND IMRESSUM



WOLFGANG HAUBER, MDL

Abgeordnetenbüro
Bahnhofstraße 19,
91781 Weißenburg
Tel.: 09141 / 99 70 170
Fax: 09141 / 99 70 172

E-Mail: wolfgang.hauber@fw-landtag.de
Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de
Facebook: www.facebook.com/hauberwolfgang/
Instagram: www.instagram.com/hauberwolfgang/
Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei



PROF. (UNIV. LIMA) DR. PETER BAUER, MDL

Abgeordnetenbüro
Weinbergstr. 47,
91623 Sachsen b. Ansbach
Tel.: 09827 – 207585
Fax: 09827 – 207586

E-Mail: peter.bauer@fw-landtag.de
Homepage: www.frankensprecher.de
Facebook:
www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher
Instagram: www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher
Twitter: www.twitter.com/@frankensprecher

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie einfach auf uns zu.

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!